

Lobesurteile sind seit der Kommunistenherkunft etwa in 50 Fällen verhängt worden, sämtlich von Zivilgerichten. Verurteilt sind etwa 250 Personen.

Die Regierung wird in naher Zukunft durch reichliche Maßnahmen noch weitere Garantien für den Schutz der persönlichen Freiheit und des Privateigentums schaffen.

Dies alles geschieht im Interesse des Landes und ist nicht etwa eine Folge der Drohung mit dem Votum, der als eine Einmischung in die innere Politik des Landes zurückgewiesen wird.

Ein Dementi

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt eine Zuschrift aus Gießen, wonach der Abgeordnete Dr. Well in einer Ehemer-Genetrasversammlung die Zentrumsgesandten Trimborn und Gerold als die Urheber des gesamten Bielefelder Abkommens bezeichnet habe. Gegenüber dieser irreführenden Behauptung erhalten wir vom Abgeordneten Dr. Well nachstehende Zuschrift: Wie ich jetzt erfahre, ist in der „Deutschen Tageszeitung“ und in anderen Zeitungen die Behauptung verbreitet worden, ich habe in einer Ehemer-Genetrasversammlung die Zentrumsgesandten Trimborn und Gerold als die Urheber des sogenannten Bielefelder Abkommens bezeichnet. Diese Mitteilung widerspricht vollständig dem Tatsachen. Selbstverständlich habe ich niemals etwas auch nur dem Sinne nach Ähnliches gesagt, da mir wie jedem in die Verhältnisse Eingeweihten genau bekannt war, daß keiner der beiden Abgeordneten Trimborn und Gerold an den Beratungen und dem Abschluß des Bielefelder Abkommens irgendwie beteiligt war. Wichtig ist lediglich, daß ich bei Erörterung des vorerwähnten und nach dem Rapp-Lüttich-Putsch zur Wiederherstellung der Ordnung getroffenen Berliner Abkommens und der hierin festgelegten Punkte auf die längst bekannte Tatsache verwiesen habe, daß bei diesen Berliner Abmachungen außer den Vertretern der anderen Parteien auch die Zentrumsgesandten Trimborn und Gerold zum Zweck der Wiederaufrichtung von Ordnung und Sicherheit mitgewirkt haben. Herr Abgeordnete Dr. Well, bekämpft mir die Richtigkeit meiner Sachdarstellung mit dem Hinweis, daß er inzwischen bereits in öffentlicher Versammlung den obigen Pressbericht als durchaus unzutreffend bezeichnet und den Sachverhalt aufklärt habe.

Deutsche Stimmen zur Konferenz von Boulogne

Berlin, 24. Juni. Zur Konferenz in Boulogne schreibt die „Germania“, die Festsetzung der deutschen Entschädigungssumme sei, daß die Entente nicht geneigt sei, sein altes System der Gewalt und der Brutalität mit dem Prinzip der Völkerverständigung zu vertauschen. Man dürfe lediglich die Ansprüche der Sieger, denke aber nicht daran, auch die Stimmen der Gegenpartei zu hören. Bei derartigen Rückschlüssen wäre selbst das Deutschland der Vorkriegszeit zusammengebrochen. Der Gedanke der internationalen Völkerverständigung ist im allgemeinen auf sein Maß, sei in der beabsichtigten Form für Deutschland durchaus gefährlich. Die Hauptsache bleibe für die Entente, daß möglichst viel Geld aus Deutschland herausgedrückt werde. Unter allen Umständen sei zu verlangen, daß die Entschädigungssumme erträglich sei und den Kredit Deutschlands nicht völlig zerstöre.

Bei England Absichten auf Island?

Stockholm, 24. Juni. In verschiedenen politischen Kreisen hat man, wie Stockholm „Tidningen“ schreibt, bereits vor einem Jahre gemutet, daß England seine Blicke auf Island richten und daß man daher bei den Friedensverhandlungen in Versailles nicht schuldig darüber werden konnte, ob Island zu Schweden oder Dänemark gehören solle. Anfangs herrschte die Ansicht, die Ängst der skandinavischen Halbinsel für Annektierung der Neutralität während des Krieges zu behüten, und Norwegen erhielt auch Spitzbergen. Was Schweden betrifft, so sprachen sich französische und italienische Staatsmänner in Versailles für Anknüpfung Islands an Schweden aus, aber die Entscheidung kam nicht. England war auf andere Gedanken gekommen, die besser mit seinen Interessen übereinstimmen. England schreibt das erwähnte Blatt arbeitet daran, die Inseln zu neutralisieren, um sich später das Protektorat über sie zu verschaffen und sie als Stützpunkt für seine Flotte in der Ostsee zu verwenden. Dadurch würde England auch diesen Meerestrich beherrschen können, und Island würde kein nordisches Malta werden.

Tschtscherin zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen

Amsterdam, 24. Juni. Nach einer Remonter Meldung lautet der russische Volkskommissar des Äußeren Tschtscherin in seiner Rede, England habe in der Unannehmlichkeit der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit der Sowjetregierung Bedenken durchzusetzen, die darauf hinausgingen, daß Rußland alles zu geben habe, während England seinerseits nichts dafür biete. Die englische Regierung habe tatsächlich keine Zusicherungen dafür gegeben, daß der Handelsverkehr endgültig wieder aufgenommen werden solle, und habe inzwischen die im Krieg mit Rußland stehenden Streitkräfte unterstellt. Ein Abkommen mit Rußland sei nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung möglich.

Berlin, 24. Juni. Dem in Moskau eingetroffenen Vertreter der Reichszentrale für Kriegswirtschaftsangelegenheiten erklärte Tschtscherin, daß die Gerüchte über feindliche Absichten Rußlands Deutschland gegenüber, die im Zusammenhang mit dem russisch-polnischen Krieg in der deutschen Öffentlichkeit aufzutreten seien, jeder Grundlage entbehren. Die Absichten Rußlands Deutschland gegenüber seien durch das einstige Bestreben diktiert, mit dem deutschen Volke baldmöglichst in nähere wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen zu treten.

Die liegen immer noch

Kopenhagen, 24. Juni. Nach einem Kopenhagener Telegramm besagt der polnische Generalkonsul in K., a. in der Nordfront machen wie weitere Fortschritte. Durch tollkühne Aufmärsche über die Vereina nach Osten sorgten wir drei bolschewistische Brigaden auseinander. Ein rotes Arbeiterregiment ging zu uns über. In der Ukraine schlugen wie die 4. Reiterdivision, nahmen den ganzen Divisionsstab und 800 Soldaten gefangen.

Die Gegenrevolution in Ungarn

(Eigener Drahtbericht der „Säch. Volkszeitung“.)
Budapest, 24. Juni. Eine Proklamation wird bekannt, nach dem Wiener Offiziersbetriebskomitee gegen Budapest marschieren. Es wurde auch bekannt, daß bei dem Offiziersbetriebskomitee eine schwarze Liste erstellt wird, auf der die dem revolutionären Kurs entgegenstehenden Politiker verzeichnet sind, die aus dem Wege geräumt werden müssen. Es handelt sich um alle demokratischen Abgeordneten. Infolgedessen haben diese Politiker und auch die Parteiführer sowie führende jüdische Persönlichkeiten fluchtartig Budapest verlassen.

Budapest, 24. Juni. In der Nationalversammlung forderte der Oppositionelle Gárdonyi, daß die Regierung bei den Großwahlen Schritte unternehme, damit vom österreichischen Senat über dessen Regierung der neuen Ungarn durchgeführte unheimliche Votum aufgehoben werde.

Gegen den Friedensvertrag

Amsterdam, 24. Juni. Aus Konstantinopel wird über eine gemeinsame Sitzung des Parlaments von Mustafa Kemal berichtet, in der England als Feind der Türkei erklärt und beschloffen wurde, daß sich die Nationalisten bis zum letzten Atemzuge dem Friedensverträge widersetzen werden.

Der neue französische Vorkonsul

Paris, 24. Juni. „Le Journal“ meldet, daß der frühere Präsident des Reichswirtschaftsrates Charles Laurent zum französischen Vorkonsul in Berlin ernannt wurde.

Die Eisenbahnfrage von Konstantin

Berlin, 23. Juni. Nach einem Kopenhagener Telegramm der „Mittleren Zeitung“ geht die Entscheidung der Vorkonferenz in der Frage der Eisenbahnfrage dahin, daß sie die von dem belgischen Vorkonsul gemachten Vorschläge über Zugverbindungen für die

Ablösung der Bahnlinie Maeren-Railenberg und für den westlich der Bahnlinie gelegenen Teil des Kreises Konstantin grundsätzlich annehmen. Die Prüfung der Einzelheiten wird der Grenzkommission überlassen. Die Zugverbindungen zwischen den Eisenbahnstationen für die Einwohner des Kreises Konstantin hinsichtlich des Personen- und Warenverkehrs nach Maeren; ihre Waren werden durch den Eupener Bezirk ohne Zollformalitäten beschickt. Deutschland erhält denjenigen Teil des Eupener Distrikts, in welchem die Wiederschlaggebiete des Kahrens Wasserwerkes liegen. Das Dorf Wüthenich bleibt als deutsche Enklave bestehen, die sich jedoch nur auf die Einwohner beschränkt und nicht die Gemeindeglieder einschließt, die in dem abzutretenden Teile des Kreises Konstantin liegen. Die Eisenbahnen und die dazu gehörigen Gebäude sowie das von ihr durchfahrende Gebiet der deutschen Enklave werden belgisch Eigentum.

Die Stellung der Reichsfinanzminister

(Eigener Drahtbericht der „Säch. Volkszeitung“.)
Berlin, 24. Juni. Nach dem „Berliner Tageblatt“ erwarten die Regierungsparteien von der Sozialdemokratie eine Erklärung, wonach sie der Regierung im Hinblick auf die Verhandlungen mit Spaan keine Schwierigkeiten machen werden. Diese Erklärung dürften die Sozialdemokraten auch tatsächlich abgeben. Die Frage eines Vertrauensvotums für die Regierung dürfte wie das „Tageblatt“ hört, überhaupt nicht gestellt werden. Es ist aber immerhin möglich, daß die Unabhängigen und die Kommunisten ein Vertrauensvotum einbringen, das dann mit überwiegender Mehrheit abgelehnt werden dürfte.

Eine Erklärung

(Eigener Drahtbericht der „Säch. Volkszeitung“.)
Effen a. d. R., 24. Juni. Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller erklärt folgendes: Im hiesigen Gebiet werden von Seiten der unabhängigen Presse heftige Angriffe aus Anlaß des Steuerabzuges vom Lohn gegen die Arbeitgeber geführt, worin dieselben als Urheber des Steuerabzuges hingerufen werden. Wir erheben gegen diese Unterstellung, daß die Arbeitgeber für diesen Steuerabzug vom Lohn eingetreten sind, entschieden Einspruch. Diese Steuer wurde vielmehr trotz dringender Bekämpfung maßgebender Kreise durchgeführt. Eine Verantwortung für die aus der überhöhten Einführung des 10prozentigen Steuerabzuges entstehenden Gefahren müssen wir als Vertreter der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie auf das entschiedenste ablehnen.

Eine Pressestimme zur Verminderung der deutschen Heeresstärke

(Eigener Drahtbericht der „Säch. Volkszeitung“.)
München, 24. Juni. Der „Bayerische Kurier“ veröffentlicht ein ihm zugekommenes Protokoll, dessen Inhalt das unbedingte Begehren für die Erhaltung und Stärkung unserer Wehrmacht sein dürfte. Im sozialdemokratischen Gewerkschaftskreis in München fand danach die entscheidende Sitzung der Kommission A der USPD, über den deutschen Generalstreik statt. Der Vorsitzende bemerkte in seiner Eröffnungsansprache, daß der Generalstreik unter allen Umständen komme. Genosse Vening meinte, daß beim letzten Generalstreik nicht alles nach Wunsch geklappt habe, weil sich die Generalstreikleitung aus Anhängern aller Parteien zusammensetzte. Die USPD muß jetzt als führende aller Sozialistenparteien die Leitung in die Hand nehmen. Die USPD habe nicht nur Bayern in zwei Generalstreikleitungen, sondern auch ganz Deutschland in die Hand zu nehmen. Die Entscheidungen der Arbeiter über die Erhaltung der Betriebe zu sorgen. Unterzeichnung solcher lebenswichtigen und anderen Betrieben werde nicht gebildet. Es sei ge-

Die Grenzspende Dresden

bewirkt die Unterstützung der Abstimmungsgebiete fahrenden-
dürftigen Wähler. Gib darum reichlich und sogleich für die Grenzspende der Kreisheutmannschaft Dresden durch Deine Banksparskaffe, Zeitung oder direkt auf Post-Scheckkonto Leipzig 113031.

schlich verboten, unbedingt wichtige Teile von Maschinen zu entfernen und zu verheben, deshalb müssen von allen Maschinen die am Fernensten zu beschaffenden Teile entfernt werden. Die Eisenbahnarbeiter versprechen, daß im Augenblick der Verkündung des Generalstreiks keine Lokomotive mehr ausfährt. Ein altes hätten auch die Angestellten der Elektrizitätswerte und der Wasserwerke versprochen. Die technische Rottliebe ist mit allen Mitteln zu bekämpfen. Im Augenblick der Generalstreikverkündung muß auch die Entwaffnung der Einwohnerwehr einleiten.

Streiklegation

(Eigener Drahtbericht der „Säch. Volkszeitung“.)
In Saalfeld versuchen Agitatoren aus Halle die Landarbeiter in der Streik zu heben, namentlich in den Bezirken Wischaferswerda und Waupen. Sie agitieren besonders, mit dem Steuerabzug vom Lohn und predigen den Beginn des Streiks für Sonnabend den ersten Tag des Lohnabzuges.

Die Entwaffnungsnoten

Berlin, 24. Juni. Bei der deutschen Regierung sind zur Entwaffnungsnote zwei Noten eingegangen, eine vom Präsidenten der Friedenskonferenz, eine andere vom Obersten Rat. Die Note des Obersten Rates ist eine Gradung der Note des Präsidenten der Friedenskonferenz. Die Forderungen der Noten beider sind ungefähr mit dem, was die französische Presse während der letzten Zeit bereits zum Ausdruck brachte. Es wird grundsätzlich die Herabminderung des Heeres auf 100000 Mann gefordert. Zugelassen wird eine lokal organisierte Polizei.

Immer noch die Valandsfrage

London, 24. Juni. Reuter erklärt, daß die britische Regierung den Völkerverbundrat gebeten habe, sich mit der Frage der Oberherrlichkeit über die Valand-Inseln zu befassen, da der Oberste Rat sich nicht damit beschäftigen könne. Der Völkerverbundrat wird bald zusammentreten, um über die Frage zu beraten.

Jüdische Truppen

Amsterdam, 24. Juni. Die Times meldet aus Jericho, daß ein jüdisches Bataillon nach Jericho und dem Toten Meer abgehandelt worden sei, um die indischen Truppen, die wegen ausgebrochenen Unruhen dorthin abmarschieren, zu verstärken.

Verhandlungen?

Wien, 24. Juni. Drei Beamte des internationalen Gewerkschaftsbundes treffen am Sonnabend in Wien ein, wo sie unter Vermittlung des Staatskanzlers Renner mit den Vertretern der ungarischen Regierung eine Aussprache haben werden.

Ein Auspruch Lloyd Georges.

Amsterdam, 24. Juni. Lloyd George sagte im Unterhause in Erwiderung auf mehrere Anfragen, Deutschland werde ein-

gelassen werden, in den Völkerverbund einzutreten, wenn es den Ernst zeige, die ihm nach dem Friedensvertrag obliegenden Verpflichtungen auszuführen.

Der Völkerverbund auf Reisen

Madrid, 24. Juni. Nach Blättermeldungen erklärte der Minister des Äußeren, die nächste Versammlung des Völkerverbundes sei für die zweite Hälfte des Juli in San Sebastian angesetzt.

Die Kämpfe in Irland

London, 24. Juni. Die Straßenschlacht in Londonderry dauert an. Die Verluste auf beiden Seiten werden auf über 100 Mann geschätzt. Es wurde viel mit Schrapnell von den Dächern geschossen. In der Mündung des Flusses Foyle ist ein Kreuzer mit Marinekolbaten eingelaufen.

Zur Lage in Stuttgart

Stuttgart, 23. Juni. Zur Wiederherstellung der gefährdeten Sicherheit und Ordnung hat der Oberamtsbezirk-A1 in den Verwaltungsverhältnissen des Bezirkes, Reaktor Rörner von der Bauernbündlerischen „Schwäbischen Tageszeitung“ ist wegen Aufforderung zu einem Verleumdungsstreik in Württemberg an Stuttgart oder sonstige Industriestädte, in denen Unruhen irgendwelcher Art entstehen könnten, in Schutzhaft genommen worden.

Lebensmittelanruhen in Bremen

Bremen, 24. Juni. Die Lebensmittelkrawalle breiten im allgemeinen ohne schwere Folgen für die Allgemeinheit, doch haben die betroffenen Händler und Ladengeschäfte großen Schaden erlitten. Große Lebensmittelläden der inneren Stadt haben wegen der bedrohlichen Lage schließen müssen.

Verantragung eines Amnestiegesetzes

Berlin, 24. Juni. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nach dem „Vorwärts“ beschließen folgenden Antrag einzubringen: Die Regierung wird ersucht, den Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorzulegen, durch den die Straffreiheit entsprechend den Bielefelder Vereinbarungen vom 20. März gewährleistet wird.

Ein Protest der deutschen Textilverbände

Der Reichsbund deutscher Textilindustrieller-Verbände E. V. und die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels haben an den Reichswirtschaftsminister beim Reichswirtschaftsministerium und an den Reichswirtschaftsrat eine Eingabe gerichtet, in der dargen Stellung genommen wird, daß die laut Bismarcker Abkommen hergestellten unter Aufschuß des Reiches zu billigen Preisen nur den Konsumgenossenschaften, Kommunalverbänden usw. zugeführt werden. Die genannten Verbände müssen gegen eine Ausdehnung des freien Handels auf energiegelassere protestieren und verlangen, daß ihre an und für sich schwer bedrohte Existenz nicht noch weiter durch derartige völlig einseitige Regierungsmaßnahmen gefährdet wird.

England mobilisiert wieder

Rotterdam, 24. Juni. „Daily Mail“ meldet: Infolge der ersten Auffassung, welche die militärischen Behörden über die Lage im nahen und mittleren Osten hegen, hat das Kriegsamt in London einen Aufruf an die ehemaligen Soldaten erlassen, bei der Reserve Dienste zu nehmen. Eine Verstärkung der Heeresreserve um 15000 bis 20000 Mann wird für erforderlich gehalten.

Asquith zum mesopotamischen Abenteuer

London, 24. Juni. Im Unterhause sagte Asquith, daß es sich für Großbritannien empfehlen würde, Mesopotamien zu räumen und die beantragten Kredite um eine Million Pfund Sterling zu kürzen. Lloyd George erklärte, England habe ein unmittelbares moralisches Recht auf Mesopotamien. Die britische Kommission habe Meldung, die Absichten der arabischen Vorkämpfer über die vorzunehmende Regierung in Mesopotamien einzuholen. Der Antrag Asquith wurde darauf mit 285 gegen 50 Stimmen abgelehnt.

Der englische und italienische Vorkonsul

Paris, 24. Juni. England wird nach dem „Welt Journal“ Lord Aberdeen zu seinem Vorkonsul in Berlin ernennen. Zum italienischen Vorkonsul sei der jetzige Geschäftsträger di Martini bestimmt.

Das Programm der neuen litauischen Regierung

Kowno, 24. Juni. (Litauisches Telegraphenbüro) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung entwickelte Ministerpräsident Grinius das Programm der neuen Regierung, die enge Beziehungen mit den Nachbarländern pflegen werde. Mit Polen könne Bauen nur Frieden schließen, wenn die belagerten litauischen Gebiete vor allem Wilna geräumt würden. Die Nationalversammlung sprach mit Ausnahme der Sozialisten der neuen Regierung das Vertrauen aus.

Das neue polnische Kabinett

Warschau, 24. Juni. Grabki wurde vom Staatschef mit der Bildung des Kabinetts betraut und hat ein sachmännisches, parteiloses Kabinett gebildet, in dem er selbst Ministerpräsident und Finanzminister ist. Minister des Äußeren ist Sapiga, Kriegsminister Generalleutnant Besniewski.

Unruhen in Tirol

London, 24. Juni. Nach einer Stefanmeldung ist es infolge der Agitation gegen die italienische Forderung, die in Tirol in Lieberich unter der Bevölkerung getrieben wurde, in Trient zu schweren Zusammenstößen gekommen. Die Menge griff die Carabinieri an und verjagte die Polizeipräfectur zu flüchten.

Ein Verbot Hollands.

Haag, 24. Juni. Das Ministerium für Wasserwege hat eine Verordnung erlassen, nach welcher das Überfliegen des Wohnsitzes des vormaligen deutschen Kaisers Haus Doorn und Umgebung für andere als niederländische Militärflugzeuge verboten ist.

Erfolg des pfälzischen Streiks

Mannheim, 24. Juni. Die Eisenbahndirektion Ludwigsbahn erklärt eine Bekanntmachung, daß die Unterkommission des Verbandes mit Rücksicht auf die Wiederaufnahme der Arbeit die Requisition des pfälzischen Eisenbahnwesens aufhebt.

Gewehrsmit.

Köln, 24. Juni. Der Regierungspräsident gibt bekannt, daß die Rheinlandkommission den 10prozentigen Lohnabzug genehmigt hat.

Zur Lederfrage

Frankfurt a. M., 24. Juni. Die Arbeiter- und Arbeitnehmersverbände der Lederindustrie, der Schuhindustrie, des Schuhgroßhandels und des Schuhkleinhandels haben bezüglich der Berechnung der Schutzpreise den Beschluß gefaßt, daß die deutschen Verkaufspreise der Schuhwaren sich auf den gegenwärtigen Käufer- und Lederpreisen aufbauen müsse unter Berücksichtigung eines dem deutschen Verhältnissen entsprechenden beschleunigten Zuzugs für Unkosten und Gewinn. Die Preise für die vorhandenen neuen Verträge sollten ohne Rücksicht auf entstehende Verluste ebenfalls auf der vorstehenden Grundlage errechnet werden.

Anmeldung von Auslandsforderungen

Nach einer Mitteilung der Handelskammer Dresden kommt es häufig vor, daß deutsche Gläubiger ihre Forderungen an ausländische Schuldner bei der Anmeldung beim Reichsausgleichsamt nicht in bestimmter Höhe angeben können. A. Wenn ihnen während des Krieges häufig gemordene Dividenden, Zinsen und dergl. und die darauf etwa zu zahlenden Steuern nicht bekannt sind. In diesem Falle wird es nötig sein, daß die deutschen Gläubiger mit den ausländischen Schuldnern zur Feststellung der geschuldeten Summe in Verbindung treten. Dieser Schriftwechsel darf jedoch nur durch Vermittlung des Reichsausgleichsamtes erfolgen. Falls dieser Schriftwechsel nicht bis zum Ablauf der Anmeldefrist erledigt werden kann, so haben dennoch die deutschen Gläubiger zur Wahrung ihrer Rechte die Forderungen bis zum 30. Juni d. J. wenigstens vorläufig als

unbestimmten Betrag auf einem Kogen beim Reichsausgleichsamt anzuwenden. Die ordnungsmäßige Anmeldung auf 4 Anmeldebogen ist später nachzuholen, sobald der Betrag der Forderung genau feststeht.

Zur Feststellung der genauen Höhe der Forderung hat der deutsche Gläubiger ein an den Schuldner gerichtetes Schreiben in vierfacher Ausfertigung an das Reichsausgleichsamt zu übersenden, in dem der Schuldner zur Mitteilung aufgefordert wird, in welcher Höhe und zu welchen Terminen Dividenden (und sonstige Vergütungen) seit Kriegsausbruch auf die näher zu bezeichnenden Werte fällig geworden sind. Das Schreiben wird dem Schuldner dann durch das Reichsausgleichsamt und das gegnerische Ausgleichsamt zugestellt werden; die eingehende Antwort wird jeweils Ergänzung der Anmeldung dem Gläubiger dann wieder zugestellt.

Eine vorläufige Anmeldung in der oben bezeichneten Art wird sich ferner empfehlen, wenn Forderungen einer deutschen Firma bei einer ihrer auswärtigen Zweigniederlassungen gegenüber Angehörigen der Ausgleichsämter existieren sind und der Bestand solcher Forderungen dem zur Anmeldung Verpflichteten nicht bekannt ist. Die nötige Aufklärung wird auch in diesen Fällen durch Vermittlung des Ausgleichsamtes anzufordern sein.

Sächsische Volkskammer

Dresden, 24. Juni

Die sächsische Volkskammer setzte in ihrer heutigen 120. Sitzung zunächst die gestern abgebrochene Etatsberatung fort.

Abg. Casan (Soz.) betonte zunächst, daß die Arbeitslosigkeit und die Wohnungsnot mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln beseitigt werden müsse, um eine Katastrophe zu vermeiden. Der Redner forderte in seinen weiteren Ausführungen Sparmaßnahmen bei den Staatstheatern und legte sich mit den geistlichen Debatteuren, besonders mit den Unabgängigen aneinander.

Minister des Innern Kühn erklärte, daß das Ministerium des Innern an den zahlreichen Ausweisungsfällen unschuldig sei. Abg. Müller habe gestern auf die Gefahren der Waffenspezialisten hingewiesen und weiter mitgeteilt, daß vor einiger Zeit eine Arbeiterkompanie ergreift habe. Man könne diese Fälle nicht zu ernst nehmen. Andererseits wäre die Regierung bereit, in den Fällen scharf vorzugehen, wo es sich um verborgene Waffen handle. Dabei handle es sich nicht bloß um links, sondern auch zahlreichen Kriegervereinen die Waffen weggenommen. Die Vorlagen über den Entwurf des Staatshaushaltsplanes und des Finanzgesetzes und des Rechnungsjahres und die Vorlage betr. den Entwurf für den Haushaltplan des staatlichen Elektrizitätsunternehmens auf das Jahr 1920 sowie den Entwurf eines Gesetzes über den bezeichneten Haushaltplan und die Annahme einer Staatsanleihe für das genannte Unternehmen wurden darauf den beiden Haushaltsausschüssen überwiehen.

Abg. Krause-Lugau (Soz.) begründete darauf den Antrag, Art und Genossen: Die Volkskammer wolle beschließen: Die Staatsregierung zu ersuchen, umgewandt mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter Verhandlungen einzuleiten, um die Frage der Einführung von Beiräten bei dem Bergamt und den Berginspektionen zu regeln.

Durch die Einführung der Beiräte würden die zahlreichen Verbesserungen aufhören. Der Bergamt sei bekanntlich der Kern unseres Wirtschaftsstrebens und deshalb müsse er gehoben werden. Vor allem sei aber nötig, daß die Arbeiter aufrechten würden, da nur dann eine Erhöhung der Kohlenförderung eintreten könne. Aufsehen der Arbeiter und der Inspektionen sei auch jetzt noch eine Forderung und durch den Antrag solle dieses früher Unterlassene wieder ausgeglichen werden. Außerdem würden die Bergarbeiter sehen, daß die Regierung ihren Forderungen Rechnung tragen wolle. Er beantragte, den Antrag des Haushaltsausschusses A zu übernehmen.

Finanzminister Dr. Reinhold: Die Regierung habe sich mit den gewerkschaftlichen und handwerklichen Ministerien über diese Frage in Verhandlung gesetzt. Sie werde ihre Stellung bei den Ausschussberatungen präzisieren.

Abg. Berndt (Dem.) erklärte, daß seine Partei bestrebt sein werde, für das Wohl der Bergarbeiter in jeder Beziehung einzutreten. Abg. Dr. Eckardt betonte, daß durch die Einführung der Beiräte nur das Personal bei dem Bergamt, bei den Berginspektionen sowie die Zahl der Bergarbeiter vermehrt werden müsse. Schon durch die Betriebsräte seien viele Arbeitskräfte der Wirtschaft entzogen worden. Seine Partei lehne den Antrag ab.

Abg. Dreßler (Soz.) bemerkte, daß der Antrag vorzuziehen sei. Es müsse alle Hindernisse beseitigt werden, um die Kohlenförderung zu heben. Dies würde durch Einführung der Beiräte geschehen.

Nach einem Schlußworte des Abg. Krause-Lugau, welcher noch erklärte, daß die Beiräte mit den Betriebsräten nicht vereinbar seien, wurde der Antrag dem Haushaltsausschuss A einstimmig überwiehen.

Am Schluß erledigte die Kammer noch eine Anzahl Eisenbahnerpetitionen.

Nächste Sitzung: Mittwoch den 30. Juni nachmittags 1 Uhr. Tagesordnung: Kurze Anfragen. 1. Beratung über die Vorlage betr. den Entwurf eines Landeswahlgesetzes.

Nachrichten aus Sachsen

Die Arbeiter- und Soldatenräte betreffen ein wichtiger Beschluß des Gesamtarbeiterkongresses, der hier folgt lautet: Das Gesamtarbeiterkongress hat beschlossen, die von ihm und früher von den Volksbeauftragten erlassenen, die Arbeiter- und Soldatenräte, die Regierungsbeiräte und den Vorstand der Arbeiter- und Soldatenräte Sachsens betr. Bestimmungen außer Kraft zu setzen. Nach dem von dem Landesrat des Landesratsrates am 19. d. M. seine Auflösung beschlossen hat, erwidert sich auch der Beschluß des provisorischen Landesrates der Arbeiter- und Soldatenräte Sachsens vom 8. Dezember 1918. Das gleiche gilt auch hinsichtlich dem Finanzministerium und dem Ministerium des Innern erlassenen Beschlüssen über das Finanzministerium der Arbeiter- und Soldatenräte vom 25. April 1919. Oeffentliche Mittel sind hierauf an Arbeiterräte, Bezirksarbeiterräte und den Landesratsrat, sowie ihre Mitarbeiter nicht mehr zu gewähren. Es sind jedoch, soweit es sich um Verpfichtungen handelt, die von den Arbeiterräten in Ausführung einer ordnungsmäßigen Tätigkeit vor dem 21. Juni 1920 übernommen worden sind, sowie der Nachweis der ordnungsmäßigen Verwendung dieser Mittel, von den beteiligten öffentlichen Körperschaften die erforderlichen Mittel innerhalb angemessener Grenzen noch zur Verfügung stellen.

Poliz. In der vergangenen Nacht brach in der Wagenhalle des Straßenbahndepots Bismarckstraße ein Feuer aus, das die Halle vollständig einäscherte. 64 Wagen sind mit verbrannt. Die Untersuchungsurfrage ist noch nicht aufgeklärt.

Die Reichstrassenhandelskammer V. G. hält im Laufe der nächsten Woche öffentliche Versteigerungen von Restbeständen des Dresdener an folgenden Orten innerhalb Sachsens ab: In Dresden: Neustadt (Platzverteilung) Depotverwaltung Albertstr. 11 (Korn-Depot XII) Königsbrücker Str., Dienstag, den 29. Juni 1920 von vorm. 9 Uhr ab Versteigerung von Holzwaren, Holzwaren, Matrasen aus Eisen, Eisen und Ringe für Sattler. In Freiberg: I. G. A., (Platzverteilung) Jägerkaserne, Freitag, den 2. und Sonnabend, den 3. Juni 1920 von vorm. 9 Uhr ab Versteigerung von neuen und gebrauchten Fahrzeugteilen, neuen und gebrauchten Geschirren und Eisenwaren.

Poliz. 23. Juni. Der vereinigte zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute den Redakteur der „Freiheit“,

Ein 200 000-Mann-Heer für Deutschland!

Die Konferenz von Spaai steht vor der Tür und somit die Lösung der großen Schicksalsfrage Deutschlands. Hierzu gehört die Frage über die Weibehaltung oder Verminderung des 200 000-Mann-Heeres. Es wird noch viel im eigenen Volk verstanden, daß diese Forderung nicht eine militärische, sondern vielmehr fast rein wirtschaftliche ist. Die inneren Unruhen bedrohen auf das schwerste den deutschen Wirtschaftskörper und legt die Produktion lahm. Täglich bringen die Zeitungen Nachrichten über Kämpfe und Ketzereien linksradikaler Seite. Die U.S.P.D. lehnt strikte Mitarbeit ab und verparzt in äußerster Opposition. Auf Wätern wie in Händen der Arbeiterkassen befinden sich zahllose Waffen. Angesichts solcher drohender Lage muß die Regierung über ein starkes Heer verfügen, um jede Erhebung sofort im Keime ersticken zu können, bevor sie durch das deutsche Wirtschaftsleben aus neue droht und gefährdet wird. Nur durch ein Erhalten der Staatsautorität wird ein wirtschaftliches Gelingen erfolgen können.

Der Friede von Europa wird nicht durch ein deutsches 200 000-Mann-Heer bedroht, da diese Macht, die der wichtigsten Wirtschaften, wie Flieger, gewerter Artillerie und Eisenbahnen untersteht, so verhältnismäßig gering ist, daß sie im Rahmen der europäischen Streitkräfte vollkommen verschwindet. Ein Heer kann nur gefährdet werden, wenn ihn das ganze Volk will. Das deutsche Volk ist aber kriegerisch und wünscht nichts als Ruhe nach außen, sowie im Innern und einen Neuaufbau des Wirtschaftslebens. Werden nun während der jetzigen wirtschaftlichen Notlage und ohne Rücksicht auf die bereits zahlreichen Erwerbslosen durch die Verminderung des Heeres abnormale 100 000 Arbeitslose geschaffen, so wird durch diese Drogenvermehrung das wirtschaftliche Gleichgewicht bedroht. Denn es ist sicher, daß diese 100 000 Arbeitslose infolge ihrer Notlage in die Opposition, gleichviel rechts- oder links, getrieben werden und so entscheidend die allgemeine Unruhe und Unsicherheit erregen. Dennoch wird die Regierungsaussicht geschwächt, das Wirtschaftsleben und die Produktion gefestigt und hiermit die Grundbedingungen für die Erfüllung des Versailles-Friedensvertrages durch die Entlastung selbst genommen. Nur eine durch ein 200 000-Mann-Heer gestützte Regierung kann durch die innere Ruhe in Deutschland ganz Europa den allgemeinen Frieden garantieren und so die Grundlage für den allgemeinen Wirtschaftsaufbau schaffen.

Die Fraktionen des Reichstages

haben sich nunmehr konstituiert. Die Mehrheitssozialisten werden von dem bisherigen Reichstagsführer Müller geführt. In den Reihen der Unabgängigen teilen sich Dene und der nicht in der Nationalversammlung gewählte, dagegen dem früheren Reichstag angehörige Abg. Ledebour. Der Deutschen Volkspartei steht der ehemalige sächsische Justizminister Heine vor. Die Demokratische Volkspartei hat den preussischen Staatsminister a. D. Herzt anstelle des Grafen Fokobowitz, der nicht mehr wiedergewählt ist, zum Vorsteher bestellt. Außerdem sind in dem Vorstand der Demokratischen Volkspartei die Herren Schulz, Bromberg, Dühringer und Beckers. Der Vorstand der Demokraten bilden die Abg. Schiffer, Betzler und Erlesner. An der Spitze der Bayerischen Volkspartei steht der Abg. Lecht. Das Zentrum hat sich einen endgültigen Vorstand noch nicht gegeben, der bisherige Vorstand, an dem auch der Herr Trimborn, Purlage und Decker-Krusberg, führt die Geschäfte vorläufig weiter.

Das Kabinett Fehrenbach

Berlin, 24. Juni. Laut Abendblättern kann als feststehend angenommen werden, daß das Kabinett Fehrenbach auf der Grundlage der bürgerlichen Mitte zustande kommt. Die endgültige Ministerliste steht noch nicht fest.

Hans Wittmoß, der jetzt zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden ist, wegen verurteilten Landesverrats nach § 92 Absatz 1 des Strafgesetzbuchs (Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen zum Nachteil des Deutschen Reiches) sowie abler Nachrede in Bezug auf den früheren Reichsminister Köhl, Dreißig Jahre und das Ausmaß der Amt, zu zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von sechs Monaten Untersuchungshaft. Die Straftat ist begangen worden durch die am 22. Oktober 1919 durch den Anwalt des Reiches veröffentlichte eines Protokolls über eine angeblich am 3. Juni 1919 abgehaltene Sitzung im auswärtigen Amt, die sich hinterher als unrichtig erwies, von Angehörigen aber für echt gehalten worden war und die dem Deutschen Reich großen Schäden hätte zufügen können.

Poliz. 24. Juni. Ein bedauerliches Diebstahl-Lager ist hier von der Polizei entdeckt und aufgehoben worden. Zum Fortschaffen der gestohlenen Sachen, die hauptsächlich aus Wertgegenständen bestanden, mußte ein zweifelhafte Wagen benutzt werden.

Poliz. 24. Juni. Einige Einwohner, der auch mehrere hundert Arbeiter angehören, marschierte vor einigen Tagen auf dem Hauptmarkt vor dem Rathaus zu einer Kundgebung gegen ihre Auflösung und gegen die Ablehnung der Umwandlung in einen Ortsrat.

Aus Dresden

Conleurepublikation der „Saxo-Thuringia“

Dresden, 25. Juni. Die C. A. Verbandsung Saxo-Thuringia befragt ihre Conleurepublikation mit einem ständigen Beisitzer. Aus allen Teilen Deutschlands waren Hilfe angeworben, es waren besonders zu nennen Wittlingen, Bielefeld, Leipzig, Jena, Berlin. Am Morgen hatte die Weib der Kultur der neuen Korporation in der Hofstraße stattgefunden. Der Abend sah eine glänzende Veranstaltung im großen Saale des Kulturhauses. Unter den Gästen befand sich der hochwürdigste Herr Bischof. Der Senator cand. mod. Lehmknecht der neuen Verbindung hielt die erlesenen Worte u. Telegrafieren mit herzlich Worten willkommen und freute in kurzen Worten den Zweck der Gründung dar. Es sei ein organisiertes Unternehmen, inmitten so vieler Ankerkämpfe eine katholische farbentragende Verbindung durchsetzen zu wollen, aber sie seien sich bewußt, daß sie den Mut und auch die Kraft besitzen, es durchzuführen. Dann ergriff, namens der „alten Herren“, Herr Dr. mod. v. B. die Wort und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es endlich gelungen sei in Dresden so etwas zu schaffen. Er überließ alle Unterstützung, Hilfe, die ja unter Conleurebrüdern selbstverständlich ist. Dann nahm der Hauptredner des Abends, Herr Regierungsrat Dr. Fikaler das Wort und zeichnete in einigen markigen Strichen ein Bild unserer inneren und äußeren Verhältnisse und dann ging er auf den Zweck der Neugründung ein. Er appellierte an den Wohlwollen der alten beiläufig, aus dieser sommerlichen Enge herauszukommen. Und wenn alle diese jungen Männer später einmal in liebreiche Stellungen gelangen, dann sollten sie ihres Wohlwollens eingedenk sein, ihren Gläubigen hochhalten, der allein den ihnen herrschenden Materialismus in ein lebenspendendes Gebilde umzuwandeln könne, und ihre geistigen und sittlichen Ziele bewahren. Auch er betonte, wie schwer der neuen Korporation der Anfang fallen werde, aber auch er hoffe, daß in den Jungen noch der Geist und der Willen der alten Germanen stecke und sie für ihr hohes Ziel beläufige. Dann ergriff das Wort der hochwürdigste Herr Bischof und gab seiner Freude Ausdruck, so wiedere Verleitet der katholischen Sache zu leben. Er hat sie, ihren Wohlwollen, der auf der am Morgen gewiesenen Fahne prange, stets hochzuhalten. Auch der hochwürdigste Herr Konstanzer Manfroni begrüßte und bekräftigte die junge Verbindung. Zum Schluß brachte die erlesenen Delegierten ihre Grüße und Wünsche dar. Die Feier

war eine einbruchvolle Befruchtung des katholischen Willens, dem Glauben hochzuhalten und die Ideale des Christentums trotz aller Stürme und Anfeindungen in freudigen Bekenntnis unermüdet durchzuführen und ihnen zum Siege zu verhelfen. Der Saal bot ein farbenfrohes Bild.

Parteinachrichten

Der Reichsausschuss der deutschen Zentrumspartei hat am 23. und 24. Juni im Fraktionszimmer der Zentrumsfraktion des Reichstages zu Berlin eine Tagung abgehalten, die außerordentlich gut besucht war. Es handelte sich um die Orientierung des Reichsausschusses über die politische Lage und einer Ansprache über die im letzten Wahlkampfe gemachten Erfahrungen, sowie über die im letzten Wahlkampfe innerhalb der Zentrumspartei aufgetretenen, unerfreulichen Erscheinungen. Zur politischen Lage erstattete der Vorsitzende der Gesamtfraktion Reichsminister Trimborn das Referat. Er berichtete eingehend über die Verhältnisse zur Kabinettbildung und über die Stellungnahme der Zentrumspartei bei diesen Bemühungen. Es wurde fest, daß die Haltung der Zentrumsfraktion im ganzen Lande durchweg eine Billigung erfahre und daß die politische Stellungnahme der Zentrumsfraktion zu den jüngsten Vorgängen überall inhaltliche Zustimmung findet. Man ist auch im Lande durchdrungen von der Überzeugung, daß die Zentrumspartei in diesen Tagen vorläufiger Not ihre Parteinteressen dem Allgemeinwohl unterordnen müsse und daß das Zentrum damit nicht anders tue, als seiner zukünftigen Tradition zu folgen. Man weiß sehr wohl, die unabweisbaren Schwierigkeiten und Lasten zu wägen, die gerade bei der heutigen Lage des Reiches damit auf die Schultern des Reichsausschusses lasten werden, aber das Zentrum hat auch den Mut, diese Verantwortung zu tragen, eben um des Volkes Willen. Diese Gedankenlagen kamen auch in den Verhandlungen des Reichsausschusses in erhebendem Maße zum Ausdruck. Daß die alte Koalitionspolitik gerade jetzt ihre Erfolgeverdrängung erweist, darf nicht übersehen werden. Der Reichsausschuss billigte einmütig die Haltung der Fraktion und ihrer Führer hinsichtlich der Regierungsbildung und sprach in vollem Maße seine Zustimmung zu der Politik der Fraktion bei den jüngsten Vorgängen aus. Weiter wurde dem Herrn Reichsminister Fehrenbach der wärmste Dank des Reichsausschusses für das große Opfer ausgesprochen, daß er mit der Übernahme der Reichskanzleramt, Volk, Vaterland und der Partei gebracht hat. Die weiteren Verhandlungen des Reichsausschusses, die sich mit inneren Angelegenheiten der Partei, mit Organisations- und sonstigen Angelegenheiten befaßten, waren hinwiederum getragen von dem einmütigen Willen aller in der Zentrumspartei vereinigten Angehörigen nach besten Kräften der Partei und ihrer Erhaltung im ganzen Lande zu dienen.

Wir dürfen hoffen, daß die Verhandlungen des Reichsausschusses ihre guten Früchte in der Werbe- und Organisationsarbeit im Lande zeitigen werden.

Jungen. Die am 11. Mai gegründete Jungzentrumgruppe entfalt, geleitet von dem Seminarprimar H. Stahl, eine arbeitsfrohe Tätigkeit. Die Mitgliederzahl hat die Zahl 100 längst überschritten, sie hat sich zum Teil zusammen aus den jugendlichen Mitgliedern der katholischen Ordensvereine und den Seminaristen des katholischen Seminars. Versammlungen finden statt am ersten und dritten Freitag des Monats, sie beinhalten bisher an außerordentlich geübten Vorträgen: „Wissenswertes über die Grundzüge der politischen Parteien, die Ziele der Zentrumspartei, Schredensbilder aus der Kommunistenzeit Ungarns“, „Gefang und weitere Volkstanzspiele schmückten die Zusammenkünfte. Am Sonntag, den 6. Juni war Jungzentrum auf dem Posten und leistete mit 70 Mann sehr gute Wahlleistung. Als Lohn für geleistete Arbeit haben sich die Mitglieder einen gefälligen Unterhaltungsabend gewünscht, der am 20. Juni, am Peter-Paulstages, 8 Uhr im Gesellschaftsraum stattfand und zu dem alle Mitglieder, Gäste und Freunde herzlich geladen sind. Musikdarbietungen und heitere Scherze, zwei lustige Einakter „Stiefelrei in Pommern“, „Ein schlammes Kleeblatt“ (Spielleiter: Klenz) und die gern geübte Volkstanzspiele (Spielleiter: Hartel) werden die Stunden annehmlich fließen. So möge Jungzentrum ein Sammelplatz unserer Jugend bleiben, zu dem sie heute freudig hinneilt, an den sie einst gern zurückdenkt.

Kirchliches

Dresden. Es ist schwer zu überschauen, wie groß die Dankbarkeit in den Herzen der Dresdener Katholiken dafür ist, daß ihr Pfarrherr die Patres Oblaten zur Missionserneuerung nach Dresden berufen hat. Von Tag zu Tag wächst die Menge der Gläubigen, die den Predigten mit größter Aufmerksamkeit folgen. Ganz gewaltige Arbeit haben die Missionare auch bereits im Verhältnis auf sich nehmen müssen. Unterdehnen arbeiten unsere braven Missionare, ob sie sich offiziell als Gemeindepflichter bezeichnen oder nicht, es ist so erwünscht, daß manchen von ihnen kein Weg zu weit und keine Mühe zu viel ist, wenn es gilt, jemanden auf die Missionserneuerung aufmerksam zu machen und zu befehlen einzuladen. Wenn der Pfarrer und die Missionare so vieler anhält, dann darf man erwarten, daß wir am Sonntag Generalmissionen und Schulunterricht erleben, die die großartigen Feiern der hl. Mission im Vorjahr noch in Schatten stellen werden.

Die heutige Abendfeier wird der Verehrung des heiligsten Herzens gelten.

In mehreren Pfarreien wird am Montag ein Requiem für die Gefallenen und Verstorbenen der Gemeinde gehalten werden, wenn gleich dies nicht in der Missionserneuerung begründet ist. Man wolle auf die Verlobungen, die von der Kanzel aus gemacht werden.

Poliz. Akadem. Gottesdienst. St. Trinitatiskirche 11.15 U. P.: Die Einsegnung des abblühenden Weizens.

Briefkasten

R. L. Es wird gewünscht, daß die betr. Bilder oder Statuen bei der Abendlichen Andacht zur Weib, die von der Kanzel aus erfolgt, mitgebracht werden; es ist nicht zu wünschen, daß die Missionare beständig Willen um die Weibung einzelner Bilder vorgetragen erhalten. Man achte in den einzelnen Kirchen auf die wichtigsten Verlobungen, die vor jeder Predigt erfolgen. Und schon deswegen komme man nach Möglichkeit würdevoll zu den Predigten. Daß in den Dresdener Kirchen Pünktlichkeit herrscht, von Seiten des Meus und der Gemeinde, soll ihr Vorzug sein und bleiben.

Theater und Konzerte

Dresden, 22. Juni. (Residenztheater.) Der Schwanz der ungetreue Edehart von Hans Sturm wird auch in seiner zweiten Auflage in der Hofoper zur Aufführung kommen. Die erste wurde, wie erinnerlich im Alberttheater unter Mitwirkung des Verfassers selbst als Edehart vor sechs Jahren veranstaltet und hatte einen Misserfolg. Die hochtönliche Situation, in die der zumtrotzige Hethelb dadurch gerät, daß sein leidenschaftlicher Schwager auf ein Edeharts Konto Seitenpränge waagt, verleiht nämlich auf Karl Sußfall meisterlich auszubilden. Man belächelt ihn gestern Abend in allen Tonarten. Und ebenso den geistreichen Kommerzienrat Rocco Langers und den gemächlichen, aber geschäftstüchtigen Versicherungsgesetz Billy Karl. Alle Winckelchen so noch Ida Kattner, Hans Jastorff, Wally Klipp, Vera K. Felicitas Wilhelm spielen das tolle Stück unter Treib Leitung im richtigen Schwankempo, das keinen toten Punkt aufkommen läßt. Jd.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur Paul Gebien; für den literarischen Teil: Peter Schade. — Druck und Verlag der „Saxonia-Druckerei“ G. m. b. H. in Dresden.

